FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Niedersachsen

DIE ZUKUNFT DER EUROZONE

Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten können!

13. Juni 2017, Peine

60 Jahre nach ihrer Gründung scheint die Europäische Union (EU) aktuell in einer Krise zu stecken, die größer und tiefgreifender ist als je zuvor. Zunehmender Nationalismus in den Mitgliedsstaaten, das Vermeiden einer gemeinsamen humanen gesamteuropäischen Flüchtlingspolitik, der britische EU-Ausstieg – nur einige Stichworte, die zeigen, an wie vielen Stellen die EU gerade vor elementaren Entscheidungen steht, die die Zukunft der europäischen Gemeinschaft maßgeblich beeinflussen werden. Neben all diesen Herausforderungen erlebt die Eurozone gleichzeitig auch weiterhin ihre größte finanzielle Krise – Ungleichverteilung und massive wirtschaftliche Probleme vor allem in den südeuropäischen Ländern sind längst nicht mehr rein ökonomischer Natur, sondern beeinträchtigen vielmehr seit langem auch die Grundidee der Europäischen Union als eine solidarische Gemeinschaft, in der die Mitgliedsstaaten gemeinsam für das Wohl aller Länder zusammenarbeiten.

Wie also weiter mit dem „Projekt Europa“? Welche Schritte sind notwendig, um die EU wirtschaftlich, aber auch politisch und sozial wieder auf Kurs zu bringen? Welche Ideen stehen dafür im Raum und was behindert bisher ihre konkrete Umsetzung? Zur

Diskussion dieser und vieler weiterer Fragen lud das **Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung** am 13. Juni 2017 nach Peine ein. Auf dem Podium diskutierten **Dr. Alexander Schellinger**, Herausgeber des Buches „Die Zukunft der Eurozone", **Torsten Windels**, Chefvolkswirt der Nord/LB sowie **Franz Einhaus**, Landrat des Landkreises Peine, miteinander und auch mit den Anwesenden im Publikum. Einhaus war kurzfristig für Hubertus Heil MdB eingesprungen, der leider aus terminlichen Gründen seine Teilnahme an der Veranstaltung absagen musste. Die Moderatorin des Abends war **Vanessa Krukenberg**.

Landrat Franz Einhaus

Zunächst führte Franz Einhaus mit einem kurzen Grußwort in das Thema des Abends ein. Als Landrat spiele für ihn natürlich insbesondere die kommunalpolitische Sicht auf Europa eine wichtige Rolle. Rechtliche Vorgaben, Auftragsvergaben oder auch die Daseinsvorsorge – das alles seien Themen vor Ort, die durch die EU stark mit beeinflusst würden. „Europa wird auf kommunaler Ebene oft unterschätzt", sagte Einhaus. Dabei gebe es beispielsweise auch viele Programme der Zusammenarbeit zwischen europäischen Regionen, unter anderem bei Schulaustauschprogrammen oder regionalen Partnerschaften, auch zwischen Niedersachsen und dessen EU-Partnern, sei es zwischen Kommunen oder auch auf wirtschaftlicher Ebene.

Zum Abschluss seines kurzen Einstiegs brachte er außerdem das Wort „Balance" ins Spiel – seiner Ansicht nach stehe Europa vor der großen Herausforderung, eine Balance zwischen kommunaler Selbstentscheidung und europäischen Vorgaben zu schaffen, um die Kritik an zu starken Vorgaben aus Brüssel zu überwinden.

Zu viel Divergenz statt gemeinsames Handeln

Im Anschluss brachte Alexander Schellinger mit seinem Impuls – basierend auf dem von ihm mit herausgegebenen Buch „Die Zukunft der Eurozone. Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten" (Transcript Verlag, 2016) – einige Thesen in die Diskussion ein. Zunächst war es ihm wichtig zu betonen, dass das Thema Europa

keinesfalls so spröde sei, wie es möglicherweise manchmal den Anschein habe. Statt nur über die Krisen Europas zu sprechen, sei es vielmehr sinnvoll, über die Zukunft der Staatenunion zu sprechen. „Der permanente Krisendiskurs ist nicht sinnvoll", kritisierte Schellinger. Das führe nicht zu Veränderungen. In seinem Vortrag ging er dann schwerpunktmäßig auf drei Teilbereiche ein. Zunächst umriss er, trotz seiner vorherigen Warnung, selbst noch einmal die aktuellen Problemfelder der EU, nur um dann aber direkt zum zweiten Block, den Lösungsvorschlägen, überzugehen. Sein letzter Schwerpunkt lag dann schließlich auf der Frage, warum diese Lösungsvorschläge bisher keinen Niederschlag in der europäischen Politik gefunden haben.

Dr. Alexander Schellinger

Zunächst identifizierte Schellinger die verschiedenen Problemfelder der EU. Das Hauptproblem sei, dass es derzeit zu viel Divergenz gebe – also große Unterschiede zwischen den Entwicklungen der einzelnen Mitgliedsstaaten – , beispielsweise bei den Wachstumszahlen oder der Beschäftigungsquote. Während Deutschland in den vergangenen Jahren stark gewachsen sei, seien insbesondere die südeuropäischen Länder immer weiter geschrumpft. Das zeigten auch die hohen Arbeitslosenzahlen in diesen Ländern. „Es sind Welten innerhalb der Eurozone auseinandergegangen", kritisierte Schellinger. Gleichzeitig werde es immer schwieriger, mit einer einheitlichen Geldpolitik allen Staaten der EU gerecht zu werden, eben weil diese so unterschiedlich seien. Diese Entwicklungen gefährden die EU als politische Union, warnt Schellinger, da Armut und Reichtum immer weiter auseinander rückten und eine immer größere Kluft zwischen den Ländern somit für eine enorme politische und soziale Sprengkraft sorge. Ein weiteres großes Problem sei die Art und Weise, wie aktuell Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen würden. „Diese Entscheidungen sind nicht demokratisch legitimiert!". Vielmehr sei Europa noch nicht einmal ein wichtiges Thema des öffentlichen Diskurses, was sich beispielsweise auch im aktuellen Bundestagswahlkampf zeige.

Wie nun aber auf all die vielfältigen Probleme reagieren? In ihrem Buch plädierten seine Kolleg_innen und er für die Einführung eines „Eurozonen-Budgets“, das die politische Steuerungskraft der EU verbessern solle. Dieses Budget könne beispielsweise aus einer EU-Steuer finanziert werden und dann die Realisierung grenzübergreifender Strukturprojekte ermöglichen, erläutert Schellinger. Durch die Einführung eines Euro-Finanzministers / einer Euro-Finanzministerin könnte außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, die Verantwortlichen für dieses Budget demokratisch zu legitimieren und auch zu kontrollieren.
Im Hinblick auf die Realisierung solcher Ideen stellte Schellinger die These auf, dass die EU nun auch durch die Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten Frankreichs vor großen Veränderungen stehe und eine Lösungsfindung nicht mehr länger verdrängt werden könne. Macron hatte in seinem Wahlkampf bereits angekündigt, dass er das Thema Europa zu einem seiner wichtigsten Präsidentschaftsthemen machen werde. Mit seiner Wahl und auch dem Erfolg bei der Parlamentswahl im Juni hat er nun die nötigen Mehrheiten, um auch „liefern“ zu müssen.

„Deutschland ist in dieser Hinsicht gerade ein großer Problemfaktor“

Dr. Alexander Schellinger, Vanessa Krukenberg, Torsten Windels, Franz Einhaus (v.l.n.r.)

In der anschließenden Diskussion wandte sich Moderatorin Vanessa Krukenberg zunächst an Franz Einhaus mit der Frage, was Europa dem Einzelnen eigentlich ganz konkret für Vorteile bringe. Einhaus musste nicht lange überlegen, um diese Frage zu beantworten. „Deutschland hat in den 90er Jahren sehr profitiert von den Strukturfonds der EU“, betonte er. Diese Fördermittel hätten zu einer stark gesunkenen Arbeitslosigkeit geführt und seien damit beispielsweise auch elementar wichtig für den Landkreis Peine gewesen. „Die Umstrukturierung hätten wir alleine nicht stemmen können“, stellte er fest. Europa sei damit eine äußerst „erfolgreiche Story“ für Deutschland. Bis heute würden wirtschaftliche Vernetzungen in der Eurozone Umsätze und Erleichterungen bringen für regionale niedersächsische Unternehmen.

Mit Blick auf die vergangenen Jahre und die hitzigen Debatten um die wirtschaftliche Lage Europas in den Medien ging es in der Diskussion anschließend auch noch einmal um die Finanz- und Wirtschaftskrise Europas der vergangenen Dekade. Ob es diese denn überhaupt noch gebe, fragte Vanessa Krukenberg den Finanzprofi Torsten Windels. Schließlich werde das Thema medial kaum noch aufgegriffen. Die Krise sei definitiv noch da, erläuterte Windels, allerdings müsse man feststellen, dass die EU keinesfalls allein sei mit dieser wirtschaftlichen Krise. Auch die USA, China oder Japan hätten weiterhin enorme Wachstumsprobleme, somit sei die Wachstumsproblematik ein globales Phänomen und nicht als eine Bestätigung für die Unfähigkeit der EU zu deuten, die wirtschaftliche Stabilität der Union aufrechtzuerhalten. Oftmals gebe es in der EU sogar eine deutlich schnellere Lösungsfindung als beispielsweise in den USA, außerdem seien in den letzten Jahren auch viele Fortschritte gemacht worden. Letztlich – so betonte Windels – sei es aber für einen weiteren wirtschaftlichen Fortschritt der EU notwendig, die Transferthematik, also Zahlungen der nordeuropäischen an die südeuropäischen Staaten, nicht länger auszublenden. Nur so könne die EU langfristig wirtschaftlich wieder stabil werden. Damit griff Windels den Divergenzgedanken von Alexander Schellinger aus dem Impuls noch einmal auf und bestätigte, dass zu große Unterschiede zwischen den europäischen Ländern weder hilfreich noch gewinnbringend seien. Für einen solchen Transfer sei es aber nötig, dass Länder wie Deutschland ihren Fokus wieder mehr auf die Vorzüge Europas anstatt auf die Kosten legten. „Deutschland ist in dieser Hinsicht gerade ein großer Problemfaktor“, sagte Windels. Bei allem, das nicht vertraglich geregelt sei, werde eine Unterstützung kategorisch verweigert – beispielsweise bei Zahlungen an Griechenland, um dort wieder Strukturen für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen. Die vielen Vorteile, die die EU Deutschland biete, würden längst nicht mehr gesehen, vieles für selbstverständlich gehalten. Dabei seien die Kosten für eine Unterstützung Griechenlands „lachhaft“ gegen all die Vorzüge, die Deutschland als Mitgliedsstaat der EU genieße.

Torsten Windels

„Es fehlt der emotionale Bezug zu Europa!“, kritisierte Windels. Diesen Eindruck teilte auch Einhaus: „Die Wertschätzung der Vorteile fehlt häufig“, sagte er. „Wir erkennen

oft weniger die Vorteile und Gemeinsamkeiten, sondern arbeiten uns eher an soziokulturellen Unterschieden ab". Die Kommunalpolitik müsse Europa verteidigen, dazu sei aber auch notwendig, dass den Kommunen genügend Spielräume gelassen würden, vor Ort gewachsene Strukturen auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Dann könnten die Vorteile, die Europa bietet, mit den Vorteilen der föderalen Struktur verbunden werden. Auch Alexander Schellinger stimmte dieser Forderung nach notwendigen Veränderungen zu, betonte aber auch, dass die Suche nach möglichen Lösungen für die aktuellen Probleme nur gemeinsam stattfinden könne. „Die Antwort auf die Probleme kann nicht sein, dass jedes Land eigene Lösungen findet. Es muss eine gemeinsame Lösung geben!", forderte er.

Um den Veränderungsprozess erfolgreich zu gestalten, brauche es aber auch einen transparenteren und offeneren öffentlichen Diskurs über Europa, die Bürger_innen müssten viel stärker in die Diskussion geholt werden. Auch Einhaus forderte: „Auf lange Sicht müssen die Bürger_innen viel stärker einbezogen werden, ansonsten funktioniert Politik nicht!". Die Bürger_innen müssten das Gefühl haben, dass sie mit ihren Wünschen und Besorgnissen gehört werden. Dafür sei es aber auch notwendig, dass sich alle Bürger_innen Europas stärker als Europäer_innen sähen und weniger als Einwohner_innen einzelner Länder. Das Ziel müsse es sein, sich für alle Menschen in Europa verantwortlich zu fühlen und einzusetzen. Windels unterstützte diese Forderung von Einhaus: Derzeit laufe vieles noch nach dem Motto „Wen ich nicht kenne, dem traue ich nicht". Das zeige die derzeitige massive Re-Nationalisierung der Politik in den europäischen Ländern. Erst wenn diese Nationalisierung überwunden werde und Europa sich auch kulturell und sozial als eine Einheit begreife, könnten auch die anderen Probleme gemeinschaftlich in Angriff genommen werden.
Mit diesem eindringlichen Appell nach mehr europäischer Gemeinschaft in jedweder Hinsicht – politisch, sozial, kulturell und wirtschaftlich! – endete die Podiumsdiskussion und bot damit viele Ansatzpunkte für die weitere Diskussion mit den Teilnehmer_innen, sowie für anschließende Gespräche im informellen Teil des Abends.